AUFGEMERKT & *ANGEMERKT*

•Freundeskreis • Neue Zeit • Geschichte

Nr. 19

Unwucht in Erinnerungskultur / Dresdener Richter gibt Maulkorb für NPD-Gegner - Was ist faul im Freistaat Sachsen?

Eine Antwort
Keine Lobby, keine Förderer, keine Gerechte
Hauptsache: Medienwirksam -
das Gesetz dieser Zeit

Schieflage in der Sächsischen Gedenkpolitik

Fragen auch an die Chemnitzer Landtagsabgeordneten Kliese, SPD/ Zaiß, Grüne und Zschoke, Grüne (v.l.)

Alle Maßstäbe vergessen?
Antifaschisten wollen versprochene Gerechtigkeit

Rechtspopulisten und eine Völkische Szene haben sich in Sachen etabliert. Obwohl es also allen Grund gäbe, alle gutwilligen Demokraten bei der offensiven Auseinandersetzung damit einzubeziehen, und sich auch mit dem Versagen des Staates in dieser Frage zu beschäftigen, steht die Endlos-Abrechnung mit der DDR weiter im Vordergrund.

Es ist höchst verwunderlich wer sich dabei mit ungebremster Euphorie einbringt. Nach einem OFFENEN BRIEF von Nachkommen, Angehörigen und Freunden von Opfern des Faschismus war auch von Chemnitzer SPD und GRÜNE Abgeordneten vor nicht alle zu ferner Zeit beteuert worden: Bei ihrer Abrechnung mit den tatsächlichen oder vermeintlichen DDR- Vergehen werden die Erinnerung an die Opfer des Faschismus nicht verdrängt und die Maßstäbe gewahrt.

Nun aber wird, wie befürchtet, in der Praxis eine andere Gewichtungen offenbar. Nun im Boot der Sächsischen CDU/SPD - Regierungskoalition auch Grüne Abgeordnete.
Ihr Unverständnis darüber haben erneut Nachkommen, Angehörigen und Freunden von Opfern des Faschismus erklärt.

Bei aller Genugtuung über die Gemeinsamkeiten bei manchen heutigen Aktivitäten gegen Rechts, so werden die Landtagsabgeordneten erinnert, sollte es darauf ankommen auch die Leistungen der Antifaschisten nicht klein zu reden und vergessen machen. Der Zeitgeist ist ein schlechter Ratgeber.

In den letzten drei Jahren wurden circa 15% der Fördermittel der Stiftung Sächsische Gedenkstätten für den Themenbereich NS -

Aufarbeitung und 85 % für die Themenbereiche Sowjetische Besatzungszone und DDR-Unrecht bewilligt. Hier ist eine Schieflage der Schwerpunktsetzung augenscheinlich.

Sachsen macht Geschichte

Seit Clausnitz und Bautzen redet die halbe Republik über Sachsen – ob da Folgen hat? Immerhin kündigte Regierungschef Tillich gestern im Landta ein paar Korrekturen an.

VON TINO MORITZ

DRESDEN – Diese Aktion kam so für die eigenen Leute überraschende Als Linke und Grüne in der vorgen Woche ankündigten, na der republikweit beachteten Blo de einen Flüchtlingsbusses in Cla nitz und dem Brandanschlag auf

Problem mit Rechtsextremismus, und es ist größer als viele – ich sage es ehrlich auch ich – wahrhaben

Regierungspartner SPD ein. Dieses Fraktionschef Dirk Panter forderte im Plenum, eine „gesellschaftliche Ü

Doppelt so viel rechte Gewalt

Land Gefahrenlage (RAA) Sachsen

nierte Gewalt ien fast verzeichnete 477 . 2014 waren g um 86 Prozente auf Asyl- r davon waren statistik der Co- let sich von tzahlen, weil ten die Opfer-

„Ja es stimmt Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus, und es ist größer als viele—ich sage es ehrlich auch ich—es wahrhaben wollten", bekannte Tillich.

SACHSEN

Geschichte soll Pflichtfach werden

DRESDEN – Zehntklässler an Sachsens Oberschulen sollen künftig

Debatte

Eine Schlussfolgerung aus der Erinnerungspolitischen Misere in Sachsen sollte, so der Sächsische Ministerpräsident vor dem Landtag, soll auch eine bessere politische Bildung an den Schulen sein.
Und nun?
Aus Dresden vermeldete dpa

GESETZENTWURF

Stasi-Beauftragter nimmt SED in Blick

DRESDEN – CDU, SPD und Grüne in Sachsen wollen die Aufarbeitung der SED-Diktatur verbessern. Dazu reichen alle drei Landtagsfraktionen einen gemeinsamen Gesetzentwurf ein. Am 17. März soll er im Plenum behandelt werden, wie die Fraktionen gestern mitteilten. Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Aufgaben des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu erweitern und seine Rechtsstellung zu verbessern.

Außerdem soll er unter der Bezeichnung Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur künftig auch für den Zeitraum der sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 zuständig sein. Die Linke zeigte sich verärgert, dass sie als größte Oppositionspartei nicht mit in das Vorhaben eingebunden wurde. Gleichwohl wolle sie sich unvoreingenommen an der Debatte beteiligen. (dpa)

Begrenzte Gemeinsamkeit im Sächsischen Erinnerungs-Boot?

Eine einseitige Orientierung hilft nicht weiter.

AUS MEINER SICHT

Kommentar von Dietmar Berger, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Chemnitz zu Verlangen der AfD- Fraktion

Die Maske ist ab
Bislang hatte man von der AfD-Fraktion und ihrem Vorsitzenden den Eindruck, da sitzen Biedermänner oder eben biedere Männer. Kein Vergleich zu ihrer stets auf Krawall gebürsteten, rechtslastigen Parteivorsitzenden und gleich recht nicht zu einem Höcke.

Mit ihren Vorschlägen zum Haushalt 2016 der Stadt haben sich die Chemnitzer AfDler die Biedermannmaske heruntergerissen. Sie sind wie diese Partei und ihre Führung.

Die AfD-Fraktion hat tatsächlich eine Aufstockung der Mittel für den lokalen Aktionsplan „ Für Demokratie und Toleranz" als unseren Teil des Bundesprogramms „Demokratie Leben. Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" vorgeschlagen. 35.000 € zusätzlich will sich die AfD dies kosten lassen.

Aber nicht für die Bekämpfung von rechten Gedankengut und Handlungen; nein, für die Bekämpfung von „Linksextremismus" und antifaschistische Aktivitäten!

Die Linke lehnt auch Linksextremismus ab. Extremismus, von wo aus immer, löst kein einziges Problem in diesem Land. Andererseits wurden bisher antifaschistische Aktionen sofort als linksextremistisch eingestuft, obwohl sie Widerstand der Zivilgesellschaft gegen rechts wir beispielsweise jährlich am 13. Februar in Dresden waren.

Eine Partei, die inzwischen zum Stichwortgeber für rechte Gewalt gegen Flüchtlinge, rechte Gewalt gegenüber vielen, die den Flüchtlingen helfen, eine Partei, deren Vorsitzende über Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge als legitimes Mittel des Rechtsstaates schwadroniert, **will den Antifaschismus mit staatlichen Mitteln bekämpfen.**

Wer Antifaschismus bekämpfen will, der meint im Umkehrschluss, dass Faschismus in der Gesellschaft erst toleriert und dann hoffähig gemacht werden sollte.

Zeigen wir am 5. und am 6. März diesen Leuten, dass Chemnitz dafür nichts übrig hat. Gedankengut, was letztlich Ursache war, dass Chemnitz am 5. März 1945 in Schutt und Asche gelegt wurde, hat bei uns weder Platz noch Zukunft.

Zeigen wir machtvoll an diesen Tagen, dass wir die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in diesem Land verteidigen. Und zeigen wir, wie wir einen demokratischen Diskurs über die Herausforderungen dieser Zeit uns vorstellen. Friedlich, human und offen. **DIE dürfen nicht das gesellschaftliche Klima in unserer Stadt bestimmen.**
März 2016

Denkmale und Geschichtsstunden nach Art der Zeit / Gleichrangige "Aufarbeitung" - Nicht einmal das!

Antifaschisten haben andere Vorstellungen von Gerechtigkeit. Die versprochene "Gleichrangigkeit" ist nicht nur bei den Presseveröffentlichungen auf der Strecke geblieben - siehe Verein erwirbt Teil des Außengeländes.

Raimon Brede, Timo Kirmse:

8. Mai - Es wird immer ein Tag der Befreiung sein und bleiben

Am 8. Mai gedachten über 100 Jugendliche, Frauen , Männer aus Chemnitz und Umgebung des Tages vor 71 Jahren, der der Greul der faschistischen Barbarei ein Ende bereitete. Alte und Junge unterschiedlicher politischer, eligiöser Anschauungen und Herkunftsländern waren gekommen, um die zu ehren, die auf dem Sowjetischen Friedhof am Richterweg ihre letzte Ruhe gefunden haben.

Es ist aus tiefstem Herzen den Menschen zu danken und sich derer zu erinnern, die Europa und damit auch uns vom Faschismus unter Einsatz ihres Lebens befreit haben. Ehren wir sie, indem wir uns denen entgegenstellen, die schon wieder menschenverachtende Parolen skandieren und Häuser anzünden, aber auch die, die Krieg als Mittel der Wahl zur Konfliktbewältigung nutzen.

Roland Winkler, Aue

Schulkonzept in Sachsen solle nun wieder politisch werden

Tag der Befreiung vom Faschismus politisch bedeutungslos?

An das große Karthago und seinen Feldherrn erinnert Sachsens Presse. Als in Sachsen Schüler noch politische Schule erlebten, hörten sie vom Brechtschen Satz zu Karthagos Kriegen, nach dessen dritten es nicht mehr auffindbar war. Schülern wurde ein Bogen in die deutsche Geschichte gespannt.

Deutsche Kriege erscheinen heute weniger politisch. Auf satirische Frage der ZDF- Heute-Show, wer den Krieg angefangen habe, antwortet **ein Delegierter des AfD- Parteitages , die Frage sei, wer gezwungen gewesen sei zum ersten Schuß. Damit dürfte Geschichte endlich aufgearbeitet sein.**

Chemnitzer Kinder geben Zeichnen / 5. März 2016

Bertolt Brecht

Kinderhymne

Anmut sparet nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein anderes gutes Land

Daß die Völker nicht erbleichen
Wie vor einer Räuberin
Sondern ihre Hände reichen
Und wie anderen Völkern hin

Und nicht über und nicht unter
Anderen Völkern wollen wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein

Und weil wir dieses Land verbessern
Lieben und beschirmen wir´s
Und das liebste mag´s uns scheinen
So wie anderen Völkern ihres.

Das schrieb Brecht 1949. Jetzt reicht Deutschland wieder von der Oder bis zum Rhein. Könnte das nicht Grundlage einer neuen, wirklich neuen Einheit sein?

Ein 8.Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus ist politisch bedeutungslos. Worte großer Deutscher auch der BRD, gelten nichts mehr, gelten um so weniger, je weiter auch wir wieder gen Osten und alle Welt drängen. Wer hätte gedacht, Brecht könnte so bedrohlichste aktuell werden ? Was dem Schoße Europas entquillt ist nicht übersehbar, seine Spuren voller Gewalt, Mord , Rassismus und Hass. Alles soll erklärbar sein mit dieser Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, mit Grundgesetz und unverletzlichen Menschenrechten?
Wo und wann wird noch unverletzliches Menschenrecht und Menschenwürde hochgehalten, im Munde geführt? Schulkonzept solle nun wieder politisch werden, ist zu lesen. War es das angesichts der Ergebnisse etwa nicht? Was wird politisch künftig bedeuten, nicht allein in Sachsen? Nicht verordnet gedachte am 8.Mai auch ein kleines Häufchen der sowjetischen Opfer am Zwickauer Ehrenmal der Befreiung. War den heute Herrschenden je verordneter Antifaschismus ein Gräuel, oder der verlorene, verbrecherische Raubkrieg? 10.05.2016

Man kann sogar die Vergangenheit ändern. "Historiker" beweisen es immer wieder. **Nach Jean Paul Sartre**

Elke Pudszuhn Thüringer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Wir lassen uns nicht kriminalisieren!

Seit PEGIDA,TÜGIDA, SÜGIDA, AfD, Neonazis und der deutsche Stammtisch gemeinsam auf die Straße gehen, sind wir Gegendemonstranten notgedrungen auch immer auf den Beinen. Es machte keinen Spaß, von Januar bis März 2015 jeden Montag in Suhl als Gegendemonstrant im Bündnis NOSÜGIDA - oft als Anmelderin - den menschenfeindlichen Parolen der Nazis – denn in Suhl waren die Anmelder Nazis - notgedrungen zuzuhören , aber eben auch sie zu stören. Unsere gewaltfreie „Störung“ wurde aber oft von der Staatsgewalt Polizei behindert, verhindert bis verboten. Das ist in den anderen Städten nicht anders. Wir lassen uns nicht kriminalisieren.
Und das wir in Bündnissen aktiv sind, belegen die Berichte aus den Basisgruppen. Dem Bündnis für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit „Mitmenschlich in Thüringen“ im vergangenen Jahr hat sich unser Verband angeschlossen und war auf der großen Kundgebung auf dem Domplatz mit einem Info-stand vertreten.

Wir haben in einem Schreiben an das Bündnis deutlich gemacht, dass gerade wir uns, in deren Reihen Mitglieder sind, die aus eigenen Erfahrungen in ihrem Leben Krieg, Verfolgung und Inhaftierung, Flucht und Vertreibung, Asyl und Emigration während der Nazizeit 1933-1945 durchlitten, aber auch viele Angehörige und Freunde verloren haben, für Menschenrechte von Geflüchteten und Asylsuchenden einsetzen werden.
Wir wollen über unsere Erfahrungen im Kampf gegen Faschismus und Krieg berichten, aufklären und den menschenfeindlichen Parolen widersprechen, die oftmals in der Ideologie des Nationalsozialismus begründet ist.
Das gefällt z.B. den Abgeordneten der AfD im Thüringer Landtag, die seit den Landtagswahlen 2014 dort sitzen, nicht. In einer Kleinen Anfrage des

Abgeordneten Jörg Henke, innenpolitischer Sprecher der Fraktion (Drucksache 6/1580 vom 5.1.2016) zu „Förderung von Demonstrationsbündnissen durch Landesmittel" fragt er: Ich zitiere aus der kleinen Anfrage vom 4.November 2015:

„Vor kurzem hat sich das“ Bündnis für Mitmenschlichkeit“ gegründet. Der Unterstützerliste lässt sich entnehmen, dass unter anderem Elke Pudszuhn für die Thüringer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten unterzeichnet hat. Diese Vereinigung gilt nach Ansicht von Linksextremismusexperten als größte Vereinigung im Bereich des Linksextremismus in Deutschland und wird vom Verfassungsschutz in Bayern in dessen Verfassungsschutzbericht 2014 dem linksextremistischen Personenpotential zugeordnet. Ich frage die Landesregierung, ob das Bündnis Zuwendungen aus Landesmitteln erhält?"
Die Ministerin Dr. Klaubert antwortet darauf, dass das Bündnis keine Zuwendungen aus Landesmitteln erhält.
Ich hätte mir gewünscht, dass mich vielleicht die Genossen der Fraktion der Linken davon in Kenntnis

Eine Erinnerung Für die heutigen „Bürger mit gesunden Volksempfinden“

BRD 1982 ! Fremdenhass, Deutschtümelei, Brauner Mob und Bürger mit „GESUNDEN VOLKSEMPFINDEN" veranlassten schon damals Wolfgang Niedecken's BAP, eine Kölschrockband, zu dem Lied.

Es riecht nach Kristallnacht.
Auf dem vierten Album der Kölner Rockband BAR - erschienen 1982

In der Ruhe vor dem Sturm, was ist das?
Ganz klammheimlich verlässt wer die Stadt.
Honoratioren inkognito hasten vorbei,
offiziell sind die nicht gerne dabei,
wenn die Volksseele - allzeit bereit
Richtung Siedepunkt wütet und schreit:
"Heil - Halali" und grenzenlos geil nach Vergeltung brüllt,
zitternd vor Neid in der Kristallnacht.

Doch die alles, was anders ist, stört,
die mit dem Strom schwimmen, wie es sich gehört,
für die Schwule Verbrecher sind, Ausländer Aussatz sind,
brauchen wer, der sie verführt. Und dann rettet keine Kavallerie,
kein Zonro kümmert sich darum. Der pisst höchsten ein "Z" in
den Schnee und fällt lallend vor Lässigkeit um: "Na und?
- Kristallnacht!"

In der Kirche mit der Franz Kafka-Uhr, ohne Zeiger,
mit Strichen darauf nur, liest ein Blinder einem Tauben
Struwwelpeter vor hinter dreifach verriegelter Tür.
Und der Wächter mit dem Schlüsselbund hält sich im Ernst für so
etwas wie ein Genie, weil er Auswege pulverisiert und verkauft
gegen Klaustrophobie in der Kristallnacht.

Währenddessen, am Marktplatz vielleicht, unmaskiert, heute
mit einem wahren Gesicht, sammelt Steine, schleift das Messer,
auf die, die schon verpetzt, probt der Lynch-Mob für das
jüngste Gericht. Und zum Laden nur flüchtig verläut- die
Galeeren stehen längst unter Dampf wird im Hafen auf Sklaven
gewartet, auf den Schrott aus dem ungleichen Kampf aus der
Kristallnacht.

Da, wo Darwin für alles herhält, ob man Menschen vertreibt
oder quält, da, wo hinter Macht Geld ist, wo stark sein die
Welt ist, von Kuschen und Strammstehen entstellt.
Wo man Hymnen auf dem Kamm sogar bläst, in barbarischer
Gier nach Profit, "Hosianna" und "Kreuzigt ihn!" ruft, wenn
man irgendeinen Vorteil darin sieht, ist täglich Kristallnacht.

setzen würden. Durch eine mir aus vielen Begegnungen bei Gegendemos bekannte Person, die in der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Thüringer Programms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit mitarbeitet, habe ich es erfahren...Seit September 2014 haben wir in Thüringen erstmals seit 1990 eine Rot-Rot-Grüne Landesregierung mit Ministerpräsident Bodo Ramelow an der Spitze. Die CDU wurde in die Opposition geschickt, mit der sie nicht so richtig umgehen kann. Das betrifft aber auch viele Wähler, die nun denken, jetzt wird alles sofort anders und sind enttäuscht, wenn nicht - wie sie meinen- in ihrem Interesse entschieden wird. Ich habe auch an manchen Entscheidungen, die getroffen werden, meine Zweifel und Bedenken und kann mich mit manchen Dingen nicht einverstanden erklären, darüber muss man reden und nicht verdammen, das betrifft auch die Erinnerungskultur.

Professor Kurt Pätzold: Faschismus benennen

Der Begriff "Faschismus" scheint aus dem deutschen Wortschatz getilgt. Man spricht nur noch vom "Nationalsozialismus", verkürzt NS. Das demagogische Wort kreierten die Nazis selbst. Dabei weiß inzwischen fast jeder, dass sie weder "national" - allenfalls chauvinistisch und nationalistisch - noch "sozialistisch" waren: Die Eigentums- und Produktionsverhältnisse blieben bestehen. Diese waren 1945 so kapitalistisch wie 1933. Deshalb meinte der aus Deutschland vertriebene Soziologe und Philosoph Max Horkheimer schon im Jahr 1939: 'Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.' Der renommierte Historiker Kurt Pätzold hat Quellen studiert und Zitate zusammengetragen von Politikern, Forschern und Publizisten, die das Kind beim Namen nannten. Und die Nazidiktatur als das charakterisierten, was sie dem Wesen nach war und ist: eine spezielle Ausformung des bürgerlich-kapitalistischen Staates.

Wir begrüßen, dass der 27. Januar als europäischer Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und Holocaust beschlossen wurde und sind gegen die Einführung eines europaweiten „Gedenktages für die Opfer aller totalitären und autoritärer Diktaturen“ am 23. August.(dazu wird Prof. Dr. Ludwig Elm in der Diskussion etwas sagen)
Wir begrüßen, dass der Landtag, den 8. Mai ,als Tag der Befreiung, zum Gedenktag erhoben hat, 70 Jahre danach, habe aber meine Bedenken, den 17. Juni zum Gedenktag zu erklären.
Das ist wie mit dem 23. August, wo der geschichtsrevisionistische Ansatz Ursache und Wirkung vermischt und Kausalität und Verantwortlichkeit verwischt, z.B. der Opferbegriff, Opfer und Täter sind beliebig austauschbar.

Wir benötigen eine kritische Gedenk- - und Erinnerungskultur. Die junge Generation ist weniger mit Ritualen und Ermahnungen zu erreichen und trotzdem ist es wichtig.
Geschichtsbewusstsein benötigt das Wissen um das Geschehene und den vergleichenden Blick auf das heute: was ist da ähnlich?
Bei der Auseinandersetzung mit dem Naziregime ist danach zu fragen, was für Schlüsse aus den Erfahrungen von Widerstand und Verfolgung im heutigen Alltag zu ziehen sind, z.B. im Blick auf Handlungsmöglichkeiten unter den Bedingungen von Krisen, im Hinblick auf Gegenstrategien gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sowie dem Umgang mit Menschen – und Bürgerrechten.
Ein „neues Geschichtsbewusstsein“ sollte die Komplexität individueller Alltagsentscheidungsmöglichkeiten in der NS – Zeit und den Spielräumen für eigenverantwortliches Handeln vermitteln.

Aus Bericht des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten e.V. am 30. April 2016

Die missbräuchliche Mobilisierung von Völkern gegen ihre eigenen Interessen gehört nicht der Vergangenheit an. Geändert und ungeheuer vermehrt hat sich aber das Instrumentarium, das dafür eingesetzt wird.
Prof. Pätzold

Die große Reinigung

Die Endlos-Abrechnung mit der DDR steht weiter im Vordergrund.
Der Journalist und Publizist Matthias Krauß schrieb zu dem Thema schon 2012.

Wat brauchste Grundsätze, wenn de'n Apparat hast« (Kurt Tucholsky). Weil Deutschland die Abrechnungsbegeisterung institutionalisiert hat, ist die Aussicht auf Sachlichkeit stark getrübt. Denn diese Ämter, wie auch Forschungsgruppen sowie Landesbeauftragte, einschlägige Gedenkstättenleitungen... sind mit dem Ziel der Einseitigkeit ins politische Leben getreten. Von dieser Einseitigkeit raucht der Schornstein bei Tausenden dort Angestellten. Sie leben von ihr und wachen dementsprechend über sie.
Das heißt, es ist ganz natürlich, dass sie alles zusammentragen, was gegen die DDR spricht, und alles unterdrücken, was für sie gesprochen hat. Sie erfüllen mithin nicht die Kriterien der Wissenschaftlichkeit oder der Ausgewogenheit. Sie erfüllen die Kriterien der Propaganda. Und wenn Jesus Christus selbst herabsteigen würde und dem Ganzen attestieren, dass es nichts als ein im schlechtesten Sinne deutsches Unternehmen mit allenfalls sehr eingeschränktem Erkenntniswert darstellt, diesem Apparat bliebe nichts anderes übrig, als ihm zu widersprechen und ihm, sollte er sich uneinsichtig zeigen, seine Täter-Akte zu präsentieren.

Sei mir Sünder gnädig

Bereits am 22.Januar 1994 schrieb der Journalist Wolfgang Sabath in der Jungen Welt zu der gerade beginnenden Veröffentlichungswelle "Leben in der DDR": Und schon beginnt die Verführung, seine eigene Biografie zu sein.

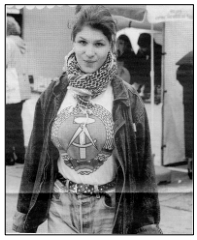


Foto Joachim Liebe

Erstens: Lebensstationen und -Vorkommnisse werden selten als Leben pur genommen, sondern immer ideologisch in irgendwas eingebettet; will sagen: Diese Lektion haben die DDR-Bürger offenbar gut gelernt, da macht ihnen so leicht keiner etwas nach.

Zweitens: Sie rechtfertigen sich fortwährend, sie entschuldigen sich quasi für fast alles, was sie taten, tun mußten, unterließen oder unterlassen mußten.

Kein Westdeutscher käme auf die Idee, sich vor den Neubürgern für sein Leben und sein Tun zu rechtfertigen. In den »Lebensläufen«, wo ehemals hüben und ehemals drüben vereint sind, wird das überdeutlich.
Bischoff Werner Leich hat an anderer Stelle dieses Problem einmal so benannt: Fragen zur Geschichte der BRD »nicht gleichzeitig mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu stellen, verführt dazu, durch die angeprangerte DDR-Vergangenheit stellvertretend die eigene Vergangenheit zu rechtfertigen. Im Ergebnis sagt dann der eine: Ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener. Er schlägt an die Brust des anderen, damit der die Augen niederschlägt und spricht: Sei mir Sünder gnädig.« Das Morgenbuch titelt »Ich war kein Held« - ja, wer verlangt denn das?!

Elmar Faber
Einfach gefälscht?
„Zu betrachten wäre, was uns der Kalte Krieg für Wunden zufügte und was apodiktisch gehandhabte Ideologie für Verzerrungen in den Zeit- und Geschichtsbildern heraufbeschworen hat, auf beiden Seiten der Mauer und noch lange danach. Wenn die offizielle zeitgenössische Forschung so weitermacht wie bisher, einseitige Illuminierung der einen Hälfte Deutschlands und einseitige

Verteufelung der anderen, dann wird es dazu kommen, dass erst unsere Kinder merken, dass alles, die ganze neue Republik, einfach gefälscht ist."

(Aus „Bilderstürmerei ist keine Lebensform"
Elmar Faber)

"Auf diese Weise etabliert sich ein Kult des gezielten Erinnerns, der umso seltsamere Blüten treibt, je mehr davon in der offiziell verordneten Geschichtsschreibung quasi für die Ewigkeit zementiert wird".

ZUM THEMA AUCH GELESEN

Zu der im **neuen deutschland** veröffentlichten Serie von Karsten Krampitz "Die DDR im Jahr 1976" schrieb **Günter Benser eine Replik.** Darin heißt es ua.:.

Es gab kein historisches Vakuum

Wie kaum eine andere Veröffentlichung hat diese Serie ein widersprüchliches Leserecho

10 Serie Montag, 30. November 2015

DDR 1976

Aufbruch und Stillstand

Die DDR zu Beginn der Honecker-Ära. Teil 1 der großen nd-Serie über das Jahr 1976

10 Schwerpunkt Montag, 7. Dezember 2015

DDR 1976

Berliner Geschichten

Ein Buch sorgt für Unruhe. Teil zwei der nd-Serie über die DDR im Jahr 1976

10 Schwerpunkt Montag, 14. Dezember 2015

DDR 1976

Feindwärts der Sperranlagen

Der Tod des Michael Gartenschläger. Teil III der nd-Serie über das Jahr 1976 in der DDR

Karsten Krampitz

gefunden. Von sachkundigen Lesern sind kritische, korrigierende - m. E. meist berechtigte - Einwände vorgetragen worden. Sie heben dennoch die von Krampitz aufgedeckten, gerade im Jahr 1976 konzentriert in Erscheinung getretenen Schattenseiten der DDR nicht auf. Manch Unwille zeugte auch davon, dass unbequeme Wahrheiten nicht gern zur Kenntnis genommen werden.

Allerdings scheint auch der Autor allzu tief nicht in die Gesamtgeschichte der DDR und deren Deutung eingedrungen zu sein. Wenn er in seinem Befund lediglich »Ankläger oder Apologeten des SED-Staats« ausmacht, verkennt er, dass die eigentliche Scheidelinie zwischen etablierten und geförderten, gleichwohl differenziert zu beurteilenden Historikern und Politologen einerseits und von dieser Community ausgegrenzten Wissenschaftlern und Zeitzeugen andererseits verläuft.

Die Idee, das Panorama eines einzigen Jahres der DDR zu entwerfen, eröffnet manche Zugänge und Einsichten, die längsschnittartigen Spezialuntersuchungen nicht zu Gebote stehen. Umso mehr, wenn solch ein flotter Erzählstil, wie er Krampitz gegeben ist, benutzt wird. Aber solch ein Panorama hat seine Grenzen und Gefahren, zudem fehlen im Mosaik wichtige Steine. Die behauptete »multiperspektivische Sichtweise auf die DDR« konnte nicht gelingen, denn dies entsprach den Intentionen des Autors nicht wirklich. Sein Blick richtet sich nicht auf die Gesamtheit der DDR-Gesellschaft, oft nicht einmal auf die Komplexität seiner Fälle.

Keine Emotionen? - Wer sagt das? - wann und wo?

Ein Schwedischer Botschafter in den USA

Bei Astrid LINDGREN / Die Menscheit hat den Verstand verloren / Tagebücher 1939-1945 / ullstein kann man zum Thema Begeisterung lesen:

17. Juli 1943
Ich habe vergessen, von unserem großen Phänomen Gunder Hägg zu erzählen, der in Amerika ist und rennt wie der Teufel. Drei Läufe in verschiedenen Distanzen ist er gelaufen - und hat zwar nicht seinen eigenen Weltrekord gebrochen, aber seine amerikanischen Gegner geschlagen. »Gunder the Wonder«, wird er genannt- und heute Abend läuft er zum vierten Mal. Wir sind alle mächtig interessiert an seinem Erfolg, und man hält ihn im Augenblick für einen großartigen schwedischen Botschafter in den USA.

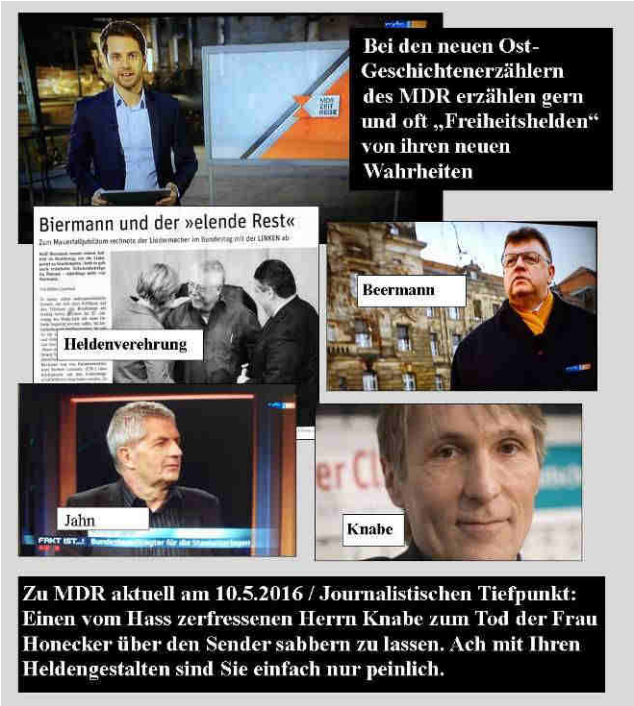
»Ick spinne«, dachte Täve,
Lügen über den DDR-Sport sind in den Medien seit Jahrzehnten beliebt. In der Serie schlussfolgert Karampitz:
»Die Partei war nie in der Lage, die Mehrheit der Menschen im positiven Sinne emotional zu erreichen. Egal, wie viele Goldmedaillen die Sportler der kleinen Republik erkämpften.«
Täve Schur hat Widerspruch angemeldet.

»Liebes ND, Lese Eure Zeitung seit mehr als einem halben Jahrhundert, fand so vieles instruktiv und bemerkenswert, bis ich von einem Herrn Krampitz belehrt werden sollte, worum es sich beim DDR-Sport handelte. Ich bin kein Berliner, dachte aber >ick spinne<, als ich das las.
Der Autor ist zehn Jahre nach meinem ersten Weltmeisterschaftssieg geboren worden, was ich ihm nicht vorwerfe, aber ich erlaube mir den Ratschlag an ihn, sich ein wenig intensiver mit der DDR-Geschichte zu befassen.
Zum Beispiel standen Millionen, von niemandem kommandiert, an den Friedensfahrtstraßen, um den DDR-Sport zu feiern und die Idee dieses Rennens.
Was ich beinahe vergessen hätte: Meine beiden Friedensfahrtsiege - damals das größte Amateur-Radrennen der Welt, weshalb auch jedes mal der UCI-Präsident es startete - und meine beiden WM-Titel errang ich ohne Pillen!
Gustav Adolf Schur«

Um an zwei Beispielen etwas deutlicher zu werden: Wenn im Zusammenhang mit dem IX. Parteitag der SED über das dort angenommene neue Parteiprogramm reflektiert wird und es Krampitz nicht für nötig hält, auch nur ein Wort darüber zu

verlieren, welche Bewertung der Weltsituation dem zu Grunde lag und welcher Gesellschaftsentwurf hier entwickelt wurde, dann ist das gelinde gesagt unseriös, banal. Wenn er die Anerkennung eines friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus unter Beachtung nationaler Besonderheiten für eine neue Einsicht der Eurokommunisten ausgibt, dann sind ihm die Aussagen des XX. Parteitages der KPdSU und die strategische Orientierung von KPD und SED 1945/46 verborgen geblieben.

Schwerer wiegt jedoch die Begrenztheit des Panoramas insgesamt. Noch immer gilt, was Friedrich Engels als wichtige Erkenntnis seines Freundes Karl Marx hervorgehoben hat, nämlich »daß die Menschen vor allem essen, trinken, wohnen und sich kleiden, also arbeiten müssen, ehe sie um die Herrschaft streiten, Politik, Religion, Philosophie usw. treiben können«. Doch die Arbeitswelt und die ihr zu Grunde liegenden Produktionsverhältnisse sind Krampitz keiner Betrachtung wert. Haben die herausgegriffenen Fälle die Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich so bewegt, dass ihr Verhältnis zur DDR dadurch vorrangig bestimmt wurde?



Damit werden die Grenzen und Gefahren der Geschichtsbeschreibung des Typs Krampitz offensichtlich. Zu einem gewissen Maße unvermeidlich tritt uns die DDR als ein im historischen Vakuum existierendes Gebilde gegenüber. Wie es um ihre Handlungsspielräume bestellt war, wird nicht analysiert, welchen internationalen Konstellationen sie unterlag, wird nicht in seiner tatsächlichen Bedeutung ersichtlich. Es wird nicht nach Wurzeln und Ursachen historischen Geschehens, nach Beweggründen und Erfahrungshorizonten der Akteure gefragt. Vorzüglichstes Anliegen von Geschichtsbetrachtung sollte es aber sein und bleiben, zu untersuchen, wie und warum historische Zustände und Geschehnisse entstanden sind und wie sie sich entwickelt haben, welche Widersprüche auftauchten und welche Lösungswege gefunden oder

Muss man sich immer nur abwärts begeben, um die DDR zu erklären, zu erleben, zu erfahren?

ausgeschlagen wurden, welche Kräfte und Gegenkräfte sich gegenüberstanden. Schließlich und endlich war die
DDR mit den gleichen welthistorischen Herausforderungen konfrontiert wie alle Länder: mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, mit den Gefahren eines globalen Krieges, den Grenzen des Wachstums und Gefährdungen der natürlichen Umwelt, mit den aus Spätfolgen des Kolonialismus erwachsenden Konflikten, demografischen Prozessen und sozialen Problemen. Wenn es Anliegen des Autors war, ehemalige DDR-Bürger zu desillusionieren, so ist diese Wirkung sicher zu einem gewissen Grade eingetreten und - das sei hier ausdrücklich hervorgehoben - für manche Uneinsichtige auch nötig.
Der Staat DDR ist 1990 von der historischen und politischen Bildfläche verschwunden. Ist unsere Welt damit friedlicher, gerechter, sozialer geworden? Ist es nicht an der Zeit, einen Diskurs anzustoßen, in welcher Epoche wir eigentlich leben? In ihr ist selbstverständlich auch der Nachhall der DDR zu spüren. Aber es gibt historische Altlasten, die uns mehr beschäftigen sollten als das Jahr 1976 im deutschen »Arbeiter-und-Bauern-Staat«. **Die historischen Wurzeln der heutigen Misere liegen nicht in erster Linie in der verblichenen DDR. Da stellen sich Fragen nach den in der Geschichte zu suchenden Quellen von Rassismus, Faschismus, Chauvinismus, Nationalismus und Militarismus, nach den Fernwirkungen des Kolonialismus und Kalten Krieges. Da stoßen wir auf die Verantwortung reaktionär-konservativer Kräfte für Irrwege deutscher und internationaler Geschichte. Da wäre endlich auch zu thematisieren, wer dafür zuständig ist, dass die »Wende« von 1989/90 nicht zu einer**

zukunftsträchtigen europäischen Friedensordnung geführt hat, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird, dass sich die politische Achse in Europa empfindlich nach rechts verschoben hat, zu extrem rechten Kräften mit antihumanistischer, antisozialer, völkischer, rassistischer, teils offen nazistischer Orientierung.

Der große Mauernazihundeschwindel

Stammten die Grenzhunde der DDR von KZ-Hunden ab? Wie das Hannah-Arendt-Institut auf eine Satire hereinfiel

Von Velten Schäfer

Das »Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung« (HAIT) in Dresden folgt ohne Zweifel einer speziellen geschichtspolitischen Agenda. Dennoch ist nicht alles, was dort erarbeitet und veröffentlicht wird, als bloß politisch gewollt abzutun. In einem aktuellen Fall scheint sich jedoch der Wissenschaftshabitus der Dresdner Antitotalitaristen als Generator blühenden Unsinns zu erweisen: Die jüngste Ausgabe des Hausmagazins »Totalitarismus und Demokratie« zum Thema »Jugend und Jugendpolitik in Deutschlands Diktaturen« enthält einen Artikel einer Christiane Schulte zum Thema »Der deutsch-deutsche Schäferhund – Ein Beitrag zur Gewaltgeschichte des Jahrhunderts der Extreme«.

Der Text behauptet unter anderem, das erste Maueropfer sei Rex gewesen, ein Westberliner Polizeihund. Es folgt ein Abschnitt zur »Staatswerdung des Schäferhundes«: Waren »deutsche Hunde (…) immer schon deutsche Täter«? Dann kommt Hitler-Blondi – und eine Genealogie des Schäferhunds der DDR-Grenzer: Zumindest für Buchenwald lasse sich nachweisen, dass »direkte Nachfahren von KZ-Wachhunden um 1947 auch im Speziallager Nr. 2 eingesetzt wurden«. Also seien »beide totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts« durch eine »Gewalttradition« verbunden: »In einem fast schon dynastischen Verhältnis wurden mehrere Generationen von Schäferhunden als Instrument totalitären Terrors eingesetzt.«

Mehr noch: Man könne »von einer Kontinuität zwischen dem Hundeeinsatz in den sowjetischen Speziallagern und der späteren NVA« ausgehen, aus deren Hundestaffeln sich die Grenzhunde rekrutiert hätten. Am Ende scheint dann belegt, dass diese Hunde von KZ-Hunden abstammten. Hatte man das nicht irgendwie schon immer geahnt?

Ferner fühlt sich der Text in die Seelen jener Westhunde beim Bundesgrenzschutz ein, die nach 1990 an der EU-Außengrenze plötzlich »aggressiv gegen Flüchtlinge und ›Schleuser‹ vorgehen« mussten, statt solche »wie zuvor im Schutz der Leine mit freundlichem Gebell willkommen zu heißen«. Wenig verwunderlich: Aus der »Elite der Fasshunde« übernommene Osthunde hatten damit kein Problem.

„Gedanken, die ständig zusammengedacht werden, aktivieren sich gegenseitig, ohne unseren Willen. Schubladendenken, Klischees und Vorurteile sind weit verbreitet - und keiner ist von ihnen frei. Wenn wir uns von ihnen leiten lassen, schaden wir damit aber nicht nur anderen, sondern auch uns selbst."
Jens Förster Psychologe

Diese Absurdität auf 16 Seiten ist offenbar frei erfunden. Das Onlinemagazin »Telepolis« veröffentlichte am Montag eine Stellungnahme von »Christiane Schulte und Freund_innen«, die den Text eine »satirische Intervention« nennt. Demnach gibt es keine Christiane Schulte, die in Bochum über das Thema »der deutsch-deutsche Schäferhund – eine vergleichende Gewaltgeschichte im 20. Jahrhundert« promoviert. Sondern ein Autorenkollektiv, das »akademische Mode« und »politischen Konformismus« als »klassische Strategien akademischer Ein- und Unterordnung« problematisieren will.

Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden

Logo, hait.tu-dresden.de

Der wohl politischste Vierbeiner unter allen Hunderassen: der deutsche Schäferhund Foto: ClassicStock/akg-images/ H. Armstrong Roberts

Die Gruppe hält sich sehr bedeckt. »nd« liegt aber der in Dresden eingereichte Text mit

redaktionellen Korrekturhinweisen vor. Der stellvertretende Institutsdirektor Uwe Backes hat diesen demnach persönlich bearbeitet – durchaus peinlich für den streitbaren Extremismusexperten. Gegenüber »nd« erklärte Backes am Dienstag, er »habe gestern Nachmittag erst von dem Vorgang erfahren« und sei »dabei, ihn aufzuklären«. Die Frage, ob die Darstellung zutreffe, dass ein solcher Text nach nur »wenigen Tagen« durchgewunken worden sei, ließ er offen.

Dass etwas so Bizarres für wahr genommen wird, zeigt den Wunsch als Vater des Gedankens.

Die Institutsdirektorin und Mitorganisatorin Dorothee Brantz empfindet »das, was da in Telepolis steht« »eher als eine Polemik als einen ernstgemeinten Versuch, ins Gespräch zu kommen.« Wie die falsche Referentin mit ihren wilden Thesen durchgehen konnte, sagt sie nicht. »Schulte« berichtet gegenüber »nd«, es habe »niemand überlistet« werden müssen: »Wir haben erzählt, was die dort hören wollten und sie haben es nicht nur mit Wurm und Haken geschluckt, sondern uns auch noch in den Arm gebissen, um mehr vom Köder zu bekommen. Es reichte völlig, die Textsorte zu treffen und den Unsinn ohne Lachen vorzutragen.« nd 18.2.2016

ANGEMERKT

Ost ist schlecht für die Karriere

unter dieser Überschrift schrieb in der Zeitung neues deutschland vom 2.6.2016 Uwe Kalbe ua.:
Immer wieder haben Wissenschaftler nachgezählt: Der Ossi ist in Sachen Arbeitslosigkeit überrepräsentiert, beim Verdienst unter dem Durchschnitt, von der Rente ganz zu schweigen - der Ossi befindet sich oberhalb oder unterhalb, jedenfalls statistisch unangemessen selten in der Norm. Selbst jene Norm, die allein aus seinem Anteil von 17 Prozent resultiert, den er an der Gesamtbevölkerung ausmacht, scheint ihm nicht automatisch zugestanden zu werden.
Der **MDR** berichtete über eine Auswertung des Einsatzführungskommandos, wonach überdurchschnittlich viele Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz aus den sogenannten neuen Ländern kommen. Rund 30 Prozent der Anfang Mai im Ausland stationierten Soldaten stammten aus Ostdeutschland.
In einer Untersuchung der Universität Leipzig im Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks konstatieren die Autoren, Michael Bluhm und Olaf Jacobs, dass bundesweit nur 1,7 Prozent der betrachteten Spitzenpositionen von Ostdeutschen besetzt seien. Bei einem Bevölkerungsanteil von rund 17 Prozent. Der Anteil Ostdeutscher in Spitzenämtern gehe sogar zurück. In den Landesregierungen de fünf östlichen Bundesländer wiesen heute noch 70 Prozent der Politiker eine ostdeutsche Herkunft auf. Im Jahr 2004 waren es noch 75 Prozent. Kein anderes Bild in der Wirtschaft: An der Spitze der 100 größten Unternehmen sank die Zahl der Ostdeutschen von 35,1 auf 33,5 Prozent.

Obwohl es im Koalitionsvertrag der derzeit regierenden Großen Koalition steht, kommt es in dieser Legislaturperiode beispielsweise nicht mehr zu der über Jahrzehnte versäumten Rentenangleichung zwischen Ost- und Westdeutschen. Im Gegenteil, wird die Ungleichbehandlung der beruflichen Biografien in Ost und West immer noch fortgeschrieben.

"Wer beherrscht den Osten?"

MDR: Ostdeutsche in Führungspositionen?

Mit Moderator Andreas F. Rook diskutierten * Johannes Beermann, ehemaliger Chef der Sächsischen Staatskanzlei, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank
* Viola Klein, Geschäftsführerin eines Dresdner IT-Unternehmens * Sergej Lochthofen, Journalist und früherer Chefredakteur der "Thüringer Allgemeine"
* Olaf Jacobs, Produzent der MDR-Dokumentation "Wer beherrscht den Osten?" 30.5.2016

Ostdeutsche in Führungspositionen? Die gibt es auch mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung selten. Selbst in Ostdeutschland, wo die Ostdeutschen 87 Prozent der Bevölkerung stellen, werden Spitzenämter noch immer mehrheitlich von Westdeutschen besetzt. Eine aktuelle Studie der Universität Leipzig im Auftrag des MDR bringt das zutage. Während die Mitglieder der Landesregierungen immerhin zu 70 Prozent aus dem Osten stammen, liegt der Anteil ostdeutscher Manager bei gerade einmal 33 Prozent. Und in der Justiz haben nur gut 13 Prozent der Richter ostdeutsche Wurzeln.

Was einmal als Aufbau-Hilfe aus dem Westen gedacht war, hat sich offensichtlich verfestigt. Die West-Eliten dominieren den Osten. Warum ist das so? Welche Konsequenzen hat das für die Menschen im Land? Und was bedeutet es für gut gebildete Ostdeutsche, die nach Verantwortung und Führung streben?

<u>Verteufelung noch auf der Tagesordnung</u>

Neben der üblichen Lobhudelei der Sieger der "Friedlichen Revolution" und Leisetreterei, vertreten z.B. von Herrn Beermann, kamen auch einige Erkenntnisse zu Tage. Doch zu der Einsicht, dass sich die bis in die Gegenwart reichende hysterische Abrechnung mit der DDR und allen ihren Errungenschaften auch zur Resignation bei ihren Eliten und Staatsverbundenen, ein sträflicher Fehler war und bleibt, reicht es nur bei den Wenigsten.
In der Offiziellen Propaganda bleiben die "Unrechtsstaatsdiskussion", Stasi, Stasi und die Verteufelung des Arbeiter- und- Bauern- Staates auf der Tagesordnung ganz oben.
Derweil macht Sachsen auf ganz anderen Gebieten von sich Reden.

Wenn Justitia in Sachsen richtet

Nie wieder Faschismus!

Das Dresdner Skandalurteil

DIE LINKE

Wo Recht zu Unrecht wird

Nun soll der Geschichtsunterricht in den Schulen nach Willen der Regierenden weiter ausgerichtet werden.

An der rechten Seite z.B. AfD- Chef Jörg Meuthen mit der Parole: "Weg vom links- rot-grün versiften 68er Deutschland".

KOMMENTAR & HINTERGRUND

Heimatstolz und Fremdenangst

Sachsens Justiz, die Unpolitische?

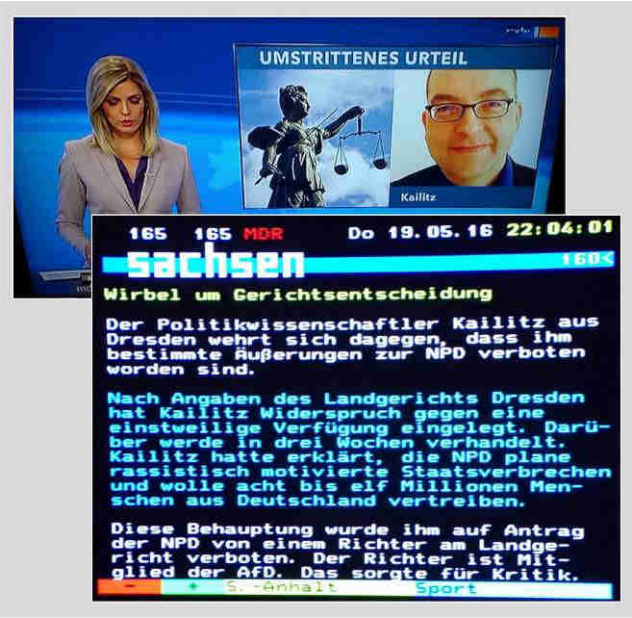
Gelegentlich ist die Frage zu hören, ob Justiz politisch indifferent sei. Da ist zuerst auf einen, der sich da bestimmt besser auskennt zu verweisen, <u>Rechtsanwalt Pro. Dr. Friedrich Wolf:</u>
"Politische Justiz gibt sich immer als unpolitisch aus. Sie ist es nie. Denn solange es Politik gibt, wird es auch stets politische Justiz geben."

Markus Bernhardt, 20.05.2016 Junge Welt:

Maulkorb von rechtem Richter

Politikwissenschaftler darf nicht mehr »behaupten«, dass NPD Menschen vertreiben will

Die sächsische Justiz steht wegen ihres repressiven Ergehens gegen Neonazigegner, Journalisten und engagierte Demokraten regelmäßig in der Kritik. Dennoch sorgte am Mittwoch folgendes für Erstaunen:



Es wurde bekannt, dass Jens Maier, Richter am Landgericht Dresden, bereits am 10. Mai beschlossen hatte, dem Politikwissenschafter Stefen Kailitz Aussagen über die neofaschistische NPD zu verbieten, die er in einem Gastbeitrag für die Zeit geäußert hatte. Im Wiederholungsfall droht Kailitz ein Ordnungsgeld bis zu 250 000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, bei mehrfacher Wiederholung sogar bis zu zwei Jahren.
Kailitz ist für das »Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung«in Dresden tätig und Sachverständiger im aktuellen NPD

Verbotsverfahren. In der Onlineausgabe der Zeit hatte er unter der Überschrift »NPD-Verbot - Ausgrenzen, bitte« geschrieben, die Partei plane »rassistisch motivierte Staatsverbrechen« und wolle »acht bis elf Millionen Menschen aus Deutschland vertreiben, darunter mehrere Millionen deutscher

Staatsbürger mit Migrationshintergrund« Ähnlich hatte Kailitz auch in der mündlichen Verhandlung im NPD - Verbotsverfahren im März argumentiert. Die Neonazipartei frohlockte nun angesichts des wegen »Dringlichkeit ohne mündliche "Verhandlung« ergangenen Urteils von Richter Maier. Es bleibt zu hoffen, dass diese Entscheidung aus Dresden ein Warnschuss vor den Bug für alle diejenigen sein wird, die leichtfertige Behauptungen über unsere Partei in die Welt setzen«, erklärte deren Vorsitzender Frank Franz auf der Internetseite der NPD.

Richter Jens Maier selbst ist in der »Alternative für Deutschland«(AfD) aktiv, deren Funktionsträger regelmäßig mit rassistischer Hetze an die Öffentlichkeit treten. Auf dem Landesparteitag der sächsischen AID im Dezember 2013 wurde Maier zum Mitglied ihres Schiedsgerichts bestellte. Für Kritik sorgte die »Causa Maier« auch bei der sächsischen Linksfraktion. Der Beschluss des Landgerichts Dresden bestärkt leider alle berechtigten und unberechtigten Vorurteile gegen Teile der Justiz in Sachsen und in seiner Landeshauptstadt«, befand der Abgeordnete Klaus Bartl am Mittwoch. Er sei gespannt auf die Begründung des Richters, warum dies eine falsche Tatsachenbehauptung sei, so Bartl, der als Rechtsanwalt tätig ist. Kailitz selbst sprach gegenüber Spiegel online von einem »echten Justizskandal«. Der Anwalt des Politikwissenschaftlers hat Einspruch gegen Maiers Entscheidung eingelegten Darüber soll am l0. Juni verhandelt werden. JW 20.5.2016

Justiz in Deutschland Oppositionsrechte: Linkspartei scheitert in Karlsruhe

Bundesverfassungsgericht weist Klage zurück / Opposition dürfe bei Kontrollbefugnissen nicht auf das Wohlwollen der Parlamentsmehrheit angewiesen sein / Grundgesetz schreibe aber Gleichheit aller Abgeordneten vor

Das Bundesverfassungsgericht hat die Forderung der Linkspartei nach mehr Rechten für die Opposition im Bundestag am Dienstag zurückgewiesen. Die Forderungen seien nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, urteilten die Richter.

Keine Sonderrechte für die kleine Opposition im Bundestag

Linksfraktion scheitert mit Klage vor dem Bundesverfassungsgericht – Gysi sieht sie dennoch nicht als Verlierer

KARLSRUHE – Je mehr Abgeordnete im Bundestag die Regierung stützen, desto schwerer hat es die Opposition. Der Linksfraktion reichen die bisherigen Zugeständnisse in der Geschäftsordnung des Bundestages nicht aus, sie will eine Grundgesetzänderung, um besondere Rechte für kleine Fraktionen zu sichern – und scheitert. Das Bundesverfassungsgericht sagt, es dürfe keine Ungleichbehandlung von Abgeordneten geben. Jeder habe dieselben Rechte, egal ob in Regierungs- oder Oppositionsfraktionen. Die „Freie Presse" beantwortet wichtige Fragen zum Urteil.

Was ist das Grundproblem?
Seit der Bundestagswahl 2013 regieren Union und SPD in einer Großen Koalition. Die Opposition besteht aus den Fraktionen von Linken und Grünen, die zusammen nur 127 der 630 Parlamentarier stellen. Das Problem: Für wichtige Minderheitenrechte, wie etwa das Einsetzen eines Untersuchungsausschusses oder den Gang nach Karlsruhe mit einem Normenkontrollverfahren,

Berlin. Eine schwache Opposition in Zeiten einer großen Koalition hat keinen Anspruch auf besondere Rechte. Das Bundesverfassungsgericht wies am Dienstag eine entsprechende Forderung der LINKE zurück. Der Anspruch auf dauerhaft mehr Oppositionsrechte lasse sich aus dem Grundgesetz nicht ableiten, urteilte der zweite Senat in Karlsruhe.

Im Bundestag stellen die beiden Oppositionsfraktionen von Grünen und LINKE 127 der 630 Abgeordneten. Damit sind sie selbst gemeinsam zu schwach, um gegen die große Koalition aus CDU, CSU und SPD die im Grundgesetz verankerten Minderheitsrechte wahrzunehmen, für die ein Viertel der Abgeordneten nötig ist. Die Linksfraktion wollte mit ihrer Klage eine Änderung des Grundgesetzes mit neuen Quoren erzwingen. (Az. 2 BvE 4/14)

Die Opposition dürfe bei der Ausübung ihrer Kontrollbefugnisse nicht auf das Wohlwollen der Parlamentsmehrheit angewiesen sein, sagte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle. Denn die Kontrollbefugnisse seien nicht nur im eigenen Interesse der Opposition, sondern sie dienten der öffentlichen Kontrolle der Regierung.

Darin folgt das Gericht der Argumentation des Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, der im »Morgenmagazin« der ARD darauf hinwies, die Bevölkerung wolle »eine Opposition, die aufzeigt, was schief läuft und in der Gewährung von Oppositionsrechten nicht von der Parlamentsmehrheit abhängig ist.« Allerdings, und hier weicht das Gericht von der Argumentation der Linken ab, seien die parlamentarischen Minderheitenrechte nicht auf die Opposition beschränkt.
Diese stünden allen Abgeordneten zu. Auch Abgeordnete, die die Regierung stützen, könnten im Einzelfall opponieren. Nach Überzeugung des Senats stünde der Einführung von spezifischen Oppositionsfraktionsrechten auch Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes entgegen, der die Freiheit und Gleichheit der Abgeordneten garantiere. *dpa/nd* 03.05.2016

ANGEMERKT

Wann Holocaustleugnung legal ist

Von Heribert Prantl

Ein Neonazi leugnet den Holocaust und wird in drei Instanzen wegen Volksverhetzung verurteilt. Das Bundesverfassungsgericht hebt diese Verurteilung wieder auf. Der Mann dürfe sich auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit berufen, erklären die Richter. Eine Entscheidung, die verwundert und befremdet.

Ein Neonazi geht in die Kneipe. Dort läuft der Fernseher; eine Dokumentation über den Zweiten Weltkrieg. Der Neonazi ereifert sich; er agitiert gegen die Juden. Er empört sich über angebliche Geschichtslügen.
Zwei Tage später kommt er wieder und übergibt dem Wirt einen Packen brauner Schriften. Eine davon behauptet, es sei wissenschaftlich erwiesen, dass es im Dritten Reich keine Gaskammern zur Tötung von Menschen gegeben habe. In einer anderen Schrift wird der Holocaust als "Zwecklüge" bezeichnet. In drei Instanzen wurde der Neonazi dann wegen Volksverhetzung verurteilt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Verurteilung nun aufgehoben. Der Neonazi dürfe sich, erklären die Richter, auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit berufen (1 BvR 461/08). Die Entscheidung verwundert und befremdet. Hat sich die Rechtslage geändert? Nein. Im Strafgesetzbuch steht nach wie

vor der vor ein paar Jahren verschärfte Paragraph 130 zur Volksverhetzung. Diese Verschärfung wurde im Jahr 2009 vom Verfassungsgericht in der "Wunsiedel- Entscheidung" ausdrücklich bestätigt. Billigung, Leugnung, Verharmlosung oder Rechtfertigung der NS-Verbrechen war, ist und bleibt also unter Strafe gestellt. Das bestreitet der neue Karlsruher Beschluss auch nicht.

Die höchsten Richter sägen aber für den "glühenden Neonazi" (so das Landgericht) einen Notausgang, durch den sie ihn entkommen lassen: Zwar sei die Holocaust-Lüge an sich schon strafbar - nicht aber im konkreten Fall.
Der Neonazi habe den Holocaust ja nicht einfach so, sondern etwas raffinierter geleugnet. Er habe diese Lüge "lediglich als Teil eines einleitenden Begründungsversuchs" benutzt, um die fehlende Kriegsschuld Deutschlands darzulegen. Im Übrigen habe der Neonazi auch gar nichts im Rechtssinn "weitergegeben", weil er nicht habe wissen können, ob der Wirt das braune Zeug nicht vielleicht wegwirft.
Auf diese Weise wird die gesetzliche Strafnorm, wie das Juristen formulieren, "entleert": Sie steht zwar noch im Gesetz, ist aber nichts mehr wert. Solche Art der Rechtsinterpretation hat vor mehr als 80 Jahren Gustav Radbruch auf den Plan gerufen: "Manchmal will es scheinen" so schrieb der Rechtsphilosoph der Weimarer Republik, "als gebiete die Methode der juristischen Rechtsauslegung, sich als reiner Tor zu gebärden oder, vulgär gesprochen, sich dumm zu stellen." Damals war es das Schimpfwort "Judenrepublik", das die Richter milde in den Händen drehten. Heute ist es die Leugnung der Judenvernichtung.

Es gibt in der Tat Kritiker, welche die Meinungsfreiheit massiv gefährdet sehen durch die Bestrafung der Holocaust-Leugnung. Der Gesetzgeber hat sich aber bewusst dafür entschieden - nicht nur, um das Gedenken an die NS-Opfer zu bewahren, sondern auch, um neue Opfer zu schützen. Ausgerechnet in der Zeit nach der Aufdeckung der Neonazi-Morde schließt sich nun das Gericht diesen Kritikern an und macht der Strafbarkeit still und leise den Garaus. Die Entscheidung datiert vom 9. November 2011, erst jetzt wurde sie publik. Entschieden hat eine dreiköpfige Kammer des Ersten Senats. Berichterstatter war Johannes Masing. Er war schon 2010 verantwortlich für einen Beschluss, der die Bundeszentrale für politische Bildung rügte. Sie hatte eine von ihr gedruckte Broschüre mit einem geschichtsfälschenden Text wieder eingestampft. Dagegen geklagt hatte der Autors des Textes - wegen Verletzung seiner Persönlichkeit. Karlsruhe gab ihm recht. **22.02.2012 Süddeutsche Zeitung**

Fehlbesetzung auf der Anklagebank

Statt auf öffentlich überführte Waffen-Geschäftemacher richtet die Justiz ihr Auge auf die Enthüller, darunter Jürgen Gräss

Die Justiz müsste ein Interesse an der Aufdeckung von Straftaten haben und diese ahnden? Nicht immer offenbar, zeigt der Fall des Friedensaktivisten Jürgen Grässlin aus Stuttgart. nd 30.5.2016

Geschichtslektion mit dem Filzstift. Wer wird belangt?

Eine Geschichtslektion - Dafür stand Wilfried Bretschneider vor Gericht, dafür wäre er sogar ins Gefängnis gegangen.
Die 1994 an einem Döbelner Gymnasium in einen Stein gemeißelten Worte: ZUM GEDENKEN AN DIE LEHRER UND SCHÜLER, DIE OPFER VON KRIEG, UNRECHT UND WILLKÜR WURDEN 1933 – 1989 erregte Wilfried Bretschneider. Nazi-Verbrechen sind auch nach dem Rechtsempfinden von Wilfried Bretschneider mit nichts zu relativieren. Letztere Zahl hat er inzwischen mehrfach

durchgestrichen und durch ein gleichfalls häufiger nachgezogenes „heute" ersetzt. Er wurde von einem Sächsischen Gericht wegen "Sachbeschädigung" verurteilt und sollte 3424,32 € Wiedergutmachung zahlen. Weil er über die Mittel nicht verfügte, drohte eine Haftstrafe. Bei einer beeindruckenden Spendenaktion wurde schließlich das Geld im Nov. 2011 für ihn zusammengetragen.
Der Rentner Wilfried Bretschneider wollte nicht hinnehmen, die Nazidiktatur und die DDR gleichsetzen.

AUFGEMERKT & ANGEMERKT zitiert und kommentiert aus öffentlichen Medien ausführlich, auch auf Wunsch von Lesern, die sich ein Zeitungs-Abo. nicht mehr leisten können oder wollen.